

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amtsblatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Nr. 196 Donnerstag den 26. August 1920 79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Abschluß von Lieferungsverträgen über Herbstkartoffeln.

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung über die Versorgung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 und der Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 31. Mai 1920 wird folgendes bekanntgegeben.

Zum Abschluß von Lieferungsverträgen mit den Erzeugern sind berechtigt:

- Der Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften, Berlin, Bernburger Straße 21.
- Es wird im hiesigen Bezirke durch die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft zu Dresden-N., Sibonienstraße 11, vertreten, die mit dem Abschluß der Verträge die Darlehns- und Sparkassenvereine e. G. m. u. H. zu Niederbau und Limbach, die Spars-, Kredits- und Bezugsvereine e. G. m. u. H. zu Ziegenhain, Großwig, Weissen, Naußadt, Grumbach, Selbigsdorf, Kaufbach, Sachsdorf, Stauchitz, Mültzig-Roitzschen, die Bezugs- und Abnahmegesellschaften e. G. m. b. H. zu Lommahsch, Weindöhlen, Wittmannsdorf, Starbach, Wilsdruff, den Ländl. Konsumverein, A. G., Deutschendorf, die Ernährungsgesellschaft m. b. H. Burkhardswalde, die Kartoffelfabrik e. G. m. b. H. in Grauschwitz bei Mügeln betraut hat.

b) Die Zentralgenossenschaft des Kartoffelgroßhandels, Berlin, Burgstraße 30. Nach einer Verordnung der Landeskartoffelstelle vom 3. d. M. hat diese Genossenschaft für den Kommunalverband Weissen-Land als ihren Vertrauensmann die Firma Hermann Grimmer in Staucha bestellt.

Weissen, am 23. August 1920. Nr. 359 b II K. Die Amtshauptmannschaft.

Lebensmittelverteilung im Kommunalverband Weissen-Land.

In der Woche vom 23. August bis 4. September 1920 werden im Bezirke des Kommunalverbandes Weissen-Land folgende Lebensmittel verteilt:

- auf sämtliche Nahrungsmittelarten, Reihe III, Abschnitt 16 1/2 Pfund Feigwaren, Pfundpreis 2 Mark.
- auf sämtliche Lebensmittelarten, Reihe III, Abschnitt 16 1/2 Pfund aust. Zucker, Pfundpreis 7,40 Mark.

Weiter stehen noch Milchsuppen, rote Grütze und Marmelade zum freien Verkauf zur Verfügung.

Die Händler haben sich wegen des Bezuges der Waren unterzüglich mit ihren Handelsstellen in Verbindung zu setzen.

Es wird darauf hingewiesen, daß nicht abbestellte Waren nicht zurückgenommen werden.

Ein Verkauf der Lebensmittel darf vor der angelegten Zeit nicht erfolgen.

Weissen, am 25. August 1920. Reg. Nr. 1318 III F. Die Amtshauptmannschaft.

Verkauf neuer Bekleidungsgegenstände (Kommunalware).

Durch die nachstehenden Verkaufsstellen gelangen von der Textilhandelsversorgung zugewiesene billige Bekleidungsstücke wie Männeranzüge (Preis 245 Mark), Damenhemden, Herren-, Frauen- und Kinderstrümpfe, Männerarbeitschürzen (Wachstuch), Männerunterhosen (Röper) und leinene Handtücher, Männer-, Frauen- und Kinderchürzen sowie leinene Blaudruckkleider zum Verkauf.

Die Käufer haben sich durch Vorlage des Einwohnerscheines, Steuerzettels oder besonderen Ausweises der Ortsbehörde als in der Amtshauptmannschaft Weissen wohnend auszuweisen.

Weissen, am 16. August 1920. Nr. 925 II N. Kommunalverband Weissen-Land.

Verkaufsstellen:

Wilsdruff: Eduard Wehner, Karl Jörn, Max Rehme, Emil Glathe, Konsumverein, Kurt Plattner.
Herzogswalde: W. Parizek.

Fleischversorgung.

Im Kommunalverband Weissen-Land, einschl. der neu. Städte Raffen, Lommahsch und Wilsdruff, wird die in der Woche vom 23. bis 29. August auf den Fleischbezugsstellen gegen Abkempfung durch den Fleischer zu verarbeitende Fleischmenge wie folgt festgelegt:

- a) für Personen über 6 Jahre: 100 g amerik. Schweinefleisch und bis 100 g Wurstkonserven;
- b) für Kinder unter 6 Jahren: 50 g amerik. Schweinefleisch und bis 50 g Wurstkonserven.

Der Kleinverkaufspreis beträgt für das Pfund amerik. Schweinefleisch 11,75 Mark und für das Pfund Wurstkonserven 5,60 Mark.

Weissen, am 24. August 1920. Nr. 449 II L. Kommunalverband Weissen-Land.

Äpfel-, Birnen- und Pflaumenpreise.

Wir geben bekannt, daß der hiesige Preisprüfungsausschuß folgende Preise als gegenwärtig im Stadtgebiet angemessen erkannt hat:

a) Äpfel und Birnen.

1. für einwandfrei, zum Rohgemüse geeignete Handelsware Kleinhandelspreis 60 bis 75 Pfg. das Pfund
2. minderwertige Ware und Kochobst 50

b) Pflaumen.

1. Hauspflaumen Kleinhandelspreis 60 bis 70 Pfg. das Pfund
2. alle anderen Sorten 80

Die Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Wilsdruff, am 25. August 1920. 2709 Der Stadtrat.

Freibank-Rindfleisch

Donnerstag 9 bis 1 Uhr an die Nummern 2681 bis 3280. Preis das Pfund 5 Mark. Wilsdruff, am 25. August 1920. 5004 Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Reichsernährungsminister Dr. Dornes ist mit einer Reihe von Generalständen in London eingetroffen, um mit dem englischen Ernährungsminister Mac Curbin über die Ausführung des Abkommens von Spa zu konferieren.

Die Ernährungsleistungen des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels an die Entente Mitte August haben fast genau die vorgeplante Höhe erreicht und bewegen sich auch jetzt auf dieser Höhe.

Die Deutschen Oberösterreichs kündigen den Generalstreik an, falls nicht gegen die polnischen Aufständler eingeschritten wird.

Die schifflichen Bergarbeiter des Ruhrreviers fordern die Sozialisierung des Bergbaues.

Nach einer Meldung aus Prag befindet sich der Botschafter Sál schon einige Tage jenseits der Grenze der Republik auf dem Wege nach Budaörs.

Die Polen geben die Zahl der von ihnen gemachten Gefangenen auf 60 000 Mann an.

Es verlautet, daß General Pascha von Deutschland aus, wo er sich versteckt hielt, im Flugzeug nach Moskau entkommen ist, von wo er den Krieg gegen England ankündigt.

„Bedrohte Zivilisation.“

Lord George hat in Luzern bei seinen Besprechungen mit dem italienischen Premierminister wiederum seine wandelbare Natur bekundet und mit einem Knack das Ruber herumgeworfen. Er hat, als die Russen erfolgreich waren und

schon vor den Toren Warschaws standen, ein so auffälliges Annäherungsbedürfnis an die Sowjetrepublik gezeigt, daß Trocki in einer Rede ganz offen davon sprach, daß England aus Gründen, die er nicht erörtern wollte, eine Verständigung mit Russland erstrbe.

Jetzt, wo es den Russen augenblicklich offenbar wieder schlechter geht, erhebt Lord George in einer der Presse übergebenen Kundgebung, die den Inhalt der englisch-italienischen Beratungen und politischen Auffassungen darstellt, den schwersten Vorwurf des Vertrauensbruchs gegen die Sowjetdiplomatie, er erklärt Verhandlungen mit dieser Regierung, die angeblich „für Wort so leicht nimmt“, für lächerlich, wenn nicht für unmöglich, er spricht von „Einrisse in die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstachtung Polens“, und das sagt derselbe Staatsmann, der mit der Unterfertigung des Vertrages von Versailles noch selbst die denkbar größten Ansprüche in die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstachtung eines großen Volkes gestellt und vollzogen hat, eines Volkes, das nur das große Unglück gehabt hat, im Vertrauen auf Wilsons Programm auf die Zusicherungen der berühmten 14 Punkte seine Waffen niederzulegen. Und nachdem Lord George früher von einem gerechten Frieden zwischen England und Polen auf der Grundlage der Unabhängigkeit Polens innerhalb seiner geschichtlichen Grenzen gesprochen, heißt es jetzt, daß die Entente ein Ultimatum nach Moskau richten will, das innerhalb einer Woche beantwortet, d. h. angenommen sein muß, widrigenfalls die Entente Polen mit Waffen und Munition unterstützen will. Wohlgerichtet: nicht mit Armeen! Und während vor einer Woche noch Sir Reinald Tower in Danzig den gemeinen

Auftrag bekam, darauf zu achten, daß der Danziger Hafen nicht als Umschlagplatz für polnische Waffen- und Munitionsendungen benutzt wird, erklärt jetzt Lord George von Luzern aus, die Unterbindung des freien Verkehrs von Danzig aus wäre geradezu ein direkter Bruch des Versailles Vertrags! Dieser Vertrag mußte aber auch da respektiert werden, denn der Danziger Hafen gehörte ja zu dem Polen zugesandenen „Korridor“. Davon heißt zwar nichts im Vertrag, ganz im Gegenteil heißt es ausdrücklich darin, Danzig soll zu Polen gehören und keinen Teil des polnischen Staatsgebietes bilden. Aber Lord George will es jetzt anders, denn die Polen sind ja vorläufig erfolgreich, und Herr Millerand und seine französisch-polnischen Freunde werden sich vergnügen die Hände reiben. Ein Triumph des Imperialismus auf der ganzen Welt!

Frage ist nur, ob die Russen sich einschüchtern lassen. Das ist zunächst ohne genauere Kenntnis der tatsächlichen militärischen Lage, ihrer Entwicklungsmöglichkeit und der Widerstandsfähigkeit und Offenheit der russischen und polnischen Streitkräfte schwer einzuschätzen. Es ist die Wahrscheinlichkeit nicht zu verlernen, daß Lord George die raube Tonart gegen die Russen eingeschlagen hat, um sie zur Nachgiebigkeit zu veranlassen und zu einem schnellen Frieden mit Polen zu bewegen. Denn Lord George fürchtet für die europäische „Zivilisation“, die durch fünf Kriegsjahre schon geschwächt ist und durch die Fortdauer des Krieges im Osten noch weiterhin erschüttert und schweren Gefahren ausgesetzt wird. Deshalb, sagt Lord George, sind die britische und italienische Regierung emp. alle Unternehmungen zu unterstützen, um die gegenwärtigen Gefahren

zwischen den Völkern zu besitzigen. Der Wunsch ist ja sehr läßlich, nur fragt es sich, ob die Entente die zweckmäßigsten Wege dafür einschlägt. Die Erfahrungen in Oberschlesien, wo es nur durch die systematische Ausbildung der polnischen Agitation zu so schweren und bedauerlichen Ausschreitungen gekommen ist, sind nicht gerade geeignet, das Vertrauen in die Weisheit und Unparteilichkeit der Entente zu befestigen. Und auch in der jetzt so scharfen Haltung Lloyd Georges gegen Sowjetrußland liegt die Gefahr, daß der polnische Größenwahn aufs neue genährt wird und zu maßlosen Forderungen sich verhält, die gerade das bewirken, was Lloyd George und Giolitti vermeiden sehen möchten — nämlich den unbegrenzten Krieg, den völligen Bankrott der sogenannten Kollaboration. Schon der drückende und unmotivierte Umschwung in der Danziger Frage kann wiederum der Ausgangspunkt neuer und folgenreicher Konflikte werden.

Die Bestlage ist wiederum in eine neue Phase ihrer wechselvollen Entwicklung getreten. Nach dem Schicksal von Luzern darf man nun auf das Echo von Moskau gespannt sein. Von Wladi ist es bezeichnend geworden. Was wird nun Lenin auf die Forderung Lloyd Georges erwidern?

Die deutsche Not in Oberschlesien.

Drohung mit dem Generalkrieg.

Während man auf ein Abklingen der Wirren in den letzten Tagen gehofft hatte, setzt sich nun, daß das polnische Vandalentum ansetzt und zunimmt. Neuerdings sind auch die Kreise Lublitz und Rosenberg gefährdet. Mit der Entlassung ist begonnen worden, aber die Durchführung gestaltet sich äußerst schwierig. Aus dem Gebiete der Unruhen treffen Scharen von Flüchtlingen ein, die Städte sind überfüllt. Die interalliierte Kommission gibt jetzt zu, daß bewaffnete polnische Haufen über die Grenze gekommen sind und Zustände geschaffen haben, die nicht länger zu ertragen sind und die Verhängung des Belagerungszustandes über den Kreis Lublitz notwendig gemacht haben. Den Vorkämpfern ist dort seitens der italienischen Regierung ein Ultimatum gestellt worden, die Unruhen einzustellen, sonst würde mit den schärfsten Maßnahmen eingeschritten werden. Die deutschen politischen und gewerkschaftlichen Korporationen Oberschlesiens haben sich zu ernüchterter Abwehr zusammengeschlossen. Die Deutschnationale Volkspartei, die Katholische Volkspartei (Zentrum), die Demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (Freie Gewerkschaften), die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Faj), der Deutsche Gewerkschaftsbund (Christliche Gewerkschaften), der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften, die Christ-Deutscher Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund der Angestellten erließen folgenden Aufruf an die ober-schlesische Bevölkerung:

Unsere ober-schlesische Heimat ist in tiefster Not. Deutsche und Polen stehen gegeneinander. Vandalentum ist geblüht. Die Säule der Verdrehen gehört vor die Gerichte. Wir wollen den Frieden. Die interalliierte Kommission hat uns zugesichert, Ruhe, Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen. Wir haben am 21. August gefordert, und General Gratier hat uns zugesichert 1. die restlose Entwaffnung der Bevölkerung ohne Rücksicht auf die Nationalität, 2. die Aufhebung des Belagerungszustandes, soweit es die Verhältnisse gestatten, 3. die Freigabe deutscher und polnischer unbewaffneter Arbeiter zur Wiederherstellung des Friedens, 4. die Verhütung von Gewalttaten aller Art. Die Bewaffnung polnischer Banden schreitet dennoch fort. Sie haben die Gewalt an sich gerissen und mißbrauchen sie. Dem muß ein Ende gemacht werden. Die gesetzmäßige Gewalt muß sofort wieder hergestellt werden. Das ist unsere einzige Forderung. Sie wird heute der interalliierten Kommission unterbreitet. Wird sie nicht erfüllt, dann sind wir entschlossen, den Frieden zu erzwingen durch den Generalkrieg. Galtet Euch bereit und wartet auf den Ruf der Führer. Es geht um unsere Heimat.

Die Polen bemächtigen sich in den besetzten Gebieten der Gemeindevverwaltung und der Wahlen, auf Grund deren sie dann Hausdurchsuchungen abhalten. Dabei haben sie es auf alle für das Deutschtum wirkenden Personen, auf Lehrer, Richter, Polizeibeamte usw. abgesehen, die in den meisten Fällen mißhandelt werden.

In einem Telegramm der vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier an den Reichskanzler wird betont, daß die deutsche Bevölkerung völlig schutzlos ist. Insbesondere richtet sich der Haß der Ausländer gegen die Deutschen, in deren Händen die wichtigsten Vorkarbeiten für die Durch-



Das gefährdete Gebiet.

führung der Volksabstimmung liegen. Mord, Mißhandlung und Verschleppung sind die Mittel, mit denen bereits in zahlreichen Fällen gegen sie vorgegangen ist. Die gesamten Abstimmungsarbeiten sind nicht nur aufs schwerste gefährdet, sondern auch weite Kreise der deutschstämmigen Bevölkerung fürchten, daß ihnen das Schicksal Polens ausgemessen wird.

Vorstellungen der Reichsregierung bei der Entente.

Ein Montag in Berlin abgehaltener Kabinettsrat beschäftigte sich abermals mit der ober-schlesischen Frage. Wie die amtliche Rundgebung über die Resultate dieser Sitzung sagt, betont die Reichsregierung aufs Heftigste, daß weite Teile von Oberschlesien sich in der tatsächlichen Gewalt polnischer Infanterien befinden, und damit eine Lage eingetreten ist, welche unsere schlesischen Brüder in Bedrängnis bringt, die friedliche Arbeit, namentlich die Kohlenförderung, stört, und die für das gesamte europäische Wirtschaftsleben so wichtige Leistungsfähigkeit des Landes gefährdet. Die Reichsregierung hat durch ihre Vertreter bei der Interalliierten Kommission in Oberschlesien und durch ihre Vorkämpfer in Rom, London und Paris Vorstellungen erhoben und verlangt, daß die Interalliierte Kommission mit völliger Unparteilichkeit und mit allen Mitteln gegen den von langer Hand durch politische Agitation vorbereiteten Zustand vorgehe und das Leben und Eigentum der deutschen Bevölkerung schütze. Die Reichsregierung richtet an die Bevölkerung von Oberschlesien die ernste und dringende Bitte, sich ruhig zu verhalten und durch keinerlei Unbesonnenheit Herabwürdigungen zu neuen Unruhen zu liefern.

System „Müller“

Scheunenbauten jeder Art

Feldschuppen, Holzschuppen, Gerbställe, Stallungen
Broschüre und Preisverzeichnisse kostenlos

124 AMB, Abt. 1/049 Berlin-Johannisthal.

Die Bevölkerung Oberschlesiens kann versichert sein, daß die deutsche Regierung die ober-schlesischen Interessen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vertreten wird, daß sie sich auf Geduld und Verdruss mit Oberschlesien verbunden fühlt und nicht füllschweigend hinnehmen wird, daß auch nur ein Fuß breit ober-schlesischen Bodens durch gewaltsame Maßnahmen entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages und gegen den Willen der Bevölkerung vom Deutschen Reiche getrennt wird.

Versehene Meldungen.

Berlin. Der preussische Minister des Innern, Severing, und der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Dr. Lewald begaben sich nach Breslau, um sich mit Vertretern Oberschlesiens über die dortige Lage zu besprechen.

Berlin. Es ist vielfach zwischen den polnischen Banden und den Franzosen an Verhandlungen gekommen. Jegliche Maßnahmen gegen die Führer der Banden sind nicht getroffen worden. Im Gegenteil dazu sind die wenigen italienischen Truppen auf das energischste gegen die Auftritte eingeschritten und haben ihr Möglichstes getan, um die Entwaffnung durchzuführen.

Kattowitz. Die von drei Seiten herantretende Stadt Lublitz ist im Laufe der Nacht auf Dienstag in die Hände der polnischen Aufständischen gefallen und vollständig abgeschritten.

Kattowitz. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands protestiert mit allem Nachdruck gegen die Bergewaltigung der ober-schlesischen Bevölkerung durch zum Teil landfremde polnische bewaffnete Banden und erudiert die Interalliierte Kommission, die deutsche Regierung und die ober-schlesischen Behörden, umgehend für ausreichenden Schutz zu sorgen. Angesichts der polnischen Aufstandsbewegung sei das vereinbarte Oberschlesienabkommen zurzeit nicht durchzuführen.

Kattowitz. In Kattowitz Stadt und Land ist unter dem Vorsitz des französischen Hauptmanns Plante eine Qualitätskommission, bestehend aus drei Deutschen und drei Polen, gebildet worden, die die Organisation von Bürgerwehren in Angriff nehmen soll. Die Zusammenlegung dieser Bürgerwehren soll nach der Stärke der Nationalitäten auf Grund der letzten Gemeindevahlen erfolgen. Die Stärke der Bürgerwehr soll der Stärke der Sicherheitswehr entsprechen.

Währungsflankungen.

Neuordnung unseres Währungssystems.

Die deutschen Wechselkurse begannen wieder zu fallen. Das war voraussehbar, denn die Ursachen der Steigerung nach dem Tiefstande zu Anfang des Jahres waren nicht mächtig und tief genug, um eine dauernde Besserung zu gewährleisten. Bornehmlich waren es dollarähnliche Käufe, die den Markkurs verhältnismäßig schnell hinauftrieben. Wie bescheiden wir geworden sind, wie wenig uns die klägliche Bewertung unserer Mark im Auslande recht zum Bewußtsein gekommen ist, geht daraus hervor, daß eitel Freunde bei uns darüber herrschte, daß wir für 100 Mark 16 oder 17 Schweizer Frank schickten. Vor Jahresfrist wurden noch 88 Frank bezahlt, und vor dem Kriege gab es 124 Frank für 100 Mark. Bedingt der Umstand, daß aus den Vereinigten Staaten Austräge für Markkäufe kamen, hat die Besserung gebracht. Und auch diese Aufkäufe geschahen nicht aus spekulativen Absichten, sondern waren in der Hauptsache ein Zahlungsgeschäft. Es steht statistisch nicht fest, wie hoch die Summen sind, die die Deutsch-Amerikaner nach dem Kriege, und besonders nach der Entschleunigung geregelter Verkehrsverhältnisse ins Vaterland geschickt haben. Diese Summen sind auf alle Fälle nicht unbedeutend, zumal ja diese Form der Hilfe einfach und gewinnbringend war. Wer aus den Vereinigten Staaten eine Lebenskornnote erhielt, konnte sie in Deutschland gegen 5000 Mark umwechseln lassen. Allein der Überweisungsweg wird sich vornehmlich in der Form abgewandelt haben, daß U. S. Banken die entsprechenden Auszahlungen in Europa bewerkstelligen ließen. Das erklärt die starke Nachfrage nach Marknoten für amerikanische Zwecke, von denen im Frühjahr vielfach berichtet wurde. Eine dauernde Einwirkung war und ist nicht zu erwarten. Auch eine erhebliche Steigerung unserer Warenausfuhr wird die deutschen Wechselkurse nicht den Friedensstand erreichen lassen. Das hindert schon die Entwertung der Mark durch die Massenherstellung von Papiergeldscheinen. Neben der Steigerung unserer Erzeugung ist also auch eine Neuordnung unseres Währungssystems erforderlich, die die Banknoten nur mit der Kaufkraft ausstattet, die ihnen die Wirtschaft tatsächlich aufkommen läßt.

Contessa Solandas seltsame Heirat.

Ein Roman aus der römischen Gesellschaft.

35] Von A. Voeltcher.

Kein Liebeswort, keine Kartivart. Nicht einmal ein wärmerer Blick. Gelassen nimmt er einen Sessel, rückt ihn nahe an Solanda heran und setzt sich neben sie.

„Da Sie mich soeben zum Glückseligsten der Sterblichen gemacht haben —“ beginnt er aufs Neue, und der gleichmütige Ton seiner Stimme kontrastiert merkwürdig mit dem Ueberchwang in seinen Worten — „möchte ich gleich die erste Günst von Ihnen erbitten.“

Diese Worte klingen in Ihrem Antlitz auf. Was wird er von ihr begehren? Was?

„Bestimmen Sie unsern Hochzeitstag! ... Bitte, sehen Sie nicht so entsetzt aus, teuerste Contessa! Dank Ihrer Güte sind wir von jetzt an Verlobte und werden naturgemäß aber kurz oder lang heiraten. Ist es nicht das Beste, wenn dies so bald wie möglich geschieht? ... Alle Neuheirateten können schnell arrangiert werden. Sie besitzen voraussichtlich ein bedeutendes Einkommen — wenigstens bedeutend für eine Dame — ich wünsche, daß Ihr Vermögen oder Ihre Rente — gleichviel, was es ist — Ihnen bleibt, als Nadelgeld.“

Jetzt wagt Solanda, die in erschütterter Bestürzung zugehört, einen Einwand.

„Das würde doch meinem Gatten gegenüber nicht richtig gehandelt sein —“

Er unterbricht sie mit einer stolz abwehrenden Geste.

„Die Barbescus rühren niemals das Vermögen einer Frau an, Contessa Millesiore ... Und nun leben Sie wohl für heute! Ich darf wohl morgen wiederkommen, um mir Ihre Entscheidung in bezug auf unsern Hochzeitstag zu holen?“

Damit läßt er ihr aufs neue lässlich die Hand und verläßt, ohne eine Antwort abzuwarten, das Zimmer.

In einer feilsamen Gemütsstimmung bleibt Solanda zurück.

Freilich — sie hat es erreicht, das stolze Ziel: sie hat den vornehmen Fürsten bezwungen, nach dessen Hand so viele Frauen vergebens trachteten! Doch eigentümlich — ihr ist durchaus nicht festlich zumute. Im Gegenteil. Sie fühlt sich beunruhigt und in ihren innersten Empfindungen verletzt. Warum ist der Fürst so kühl, so unmaßbar? Einen Anwand von Liebes-

worten, Lieblosungen und dergleichen Ansinn, wie er bei Alltagsverlobungen gebräuchlich ist, darf man bei ihm ja wohl nicht erwarten. Und doch — hätte er sie nicht wenigstens in seine Arme nehmen und küssen können? Ein einziges Mal so recht herzlich und zärtlich auf den Mund? Das kann doch unmöglich der Etikette zuwider laufen! ...

Signora Toselli nimmt die Nachricht von der Verlobung ihrer Tochter mit geheimem Vagen auf. Auch gefällt ihr die Generosität des Fürsten nicht.

„Kein Mann ist gegen Geld ganz unempfindlich — auch, wenn er noch so reich ist!“ meint sie kopfschüttelnd.

„Du solltest dich über mein Glück freuen, Mutter!“ erwidert Solanda, ihre eigene Unbehaglichkeit abschüttelnd. „Anstatt dessen läßt Du den Kopf hängen.“ Und die brave Lehrerschwägerin schweigt und schluckt ihre weiteren Bedenken hinunter, um die Dichter nicht unnötig aufzuregen. Was geschehen ist, ist eben geschehen; daran gibt es nichts zu ändern.

Die ganze römische Gesellschaft befindet sich in einem fieberhaft erregten Zustand. Die Verlobung des Fürsten Boris Barbescus mit der schönen Contessa Solanda Millesiore bildet das Tagesgespräch. Man überschwärmt die junge Braut mit Lob, Schmelscheiten und Subtilitäten jeder Art — ein Wunder, daß sie nicht völlig den Kopf verliert.

Solanda steht auf dem Zenith ihrer Popularität. Jedes illustrierte Journal bringt das Portrait der zukünftigen „Fürstin Barbescus“, mit einer kurzen Biographie, und der gute seltsame Paolo Toselli, der einfache Lehrer von Frascati, hat es sich gewiss nicht träumen lassen, daß sein Name einst gedruckt in alle Häuser Roms und weit darüber hinaus wandern würde.

Die Einladungen zur Hochzeit erstrecken sich auf fast alle Personen von bedeutendem Namen und Rang. Der fürstliche Brautigam hatte gewünscht, daß die Hochzeitsfeierlichkeit, die zwischen Opfern und Pfingsten fällt, das größte Ereignis und zugleich den Abschluß der Winterfaison bildet. Nun taumelt Solanda vorher noch von Vergnügen zu Vergnügen, da zu Ehren des erlauchten Brautpaares alle möglichen Dinners und Soupers gegeben werden. Ihr Trossband verlangt eine wahre Völkerwanderung. Solche Stützen, solche Stützen, solche Seiden- und Samtgewebe, solche Kostüme, solche wunderbare harmonische Zusammenstellungen von Farbe und Stoff hat man noch nie vorher gesehen.

Trop des Taumels, in dem Solanda sich befindet,

fällt es ihr doch auf, daß ihr Brautigam niemals mir ihr über ihre gemeinsame Zukunft spricht. Einmal sagt sie sich ein Herz und wagt eine diesbezügliche Anspielung.

„Sie scheinen mehr der Gegenwart zu leben als der Zukunft, Fürst Barbescus —“

Er ist erschüttert für einen Moment bestürzt. Nur zögernd erwidert er:

„Bleiben Sie ruhig. Die Zukunft ist für uns Menschen stets etwas Ungewisses. Wozu Pläne für Jahre hinaus schmieden, da keiner weiß, ob er morgen noch lebt.“

Ein leiser Schauer überfliegt die junge Braut. Welch seltsame Worte für einen glücklichen Brautigam! Trotzdem rafft sie sich zu einer weiteren Bemerkung über diesen ihr so wichtigen Gegenstand auf.

„Ich habe ja gar keine Ahnung, was wir nach unserer Vermählung zuerst beginnen, wo wir unser Domizil aufschlagen werden. Alles liegt vor mir wie ein Schleier —“

„Hoffentlich ein glänzender Schleier!“ lächelt er ausweichend.

Doch heute gelangt es ihm nicht, durch nichtsagende Liebenswürdigkeiten das gewohnte Gräßchenchen auf ihr reizendes Antlitz zu zaubern. Ernst bleibt ihr Blick.

„Verzeihen Sie, Fürst Barbescus — aber mir scheint es manchmal, als ob Sie mehr an die Hochzeitsfeierlichkeiten dächten, als an Ihre Braut selbst.“ Wieder huscht ein Schatten von Bestürzung über sein Gesicht.

„Die Braut ist das kostbare Gemälde, Contessa. Die Hochzeitsfeierlichkeiten nur der ihrer würdige Rahmen. Beides gehört für mich zusammen.“

„Das läßt sich hören“, meint sie befriedigt. „Und trotzdem habe ich noch eine Frage auf dem Herzen.“

„Und die wäre?“

„Diese Rede färbt Ihr Hals und Wangen, als Sie läse, verschämt flüstert: „Lieben Sie mich denn wirklich, Boris?“

„Können Sie daran zweifeln, teuerste Solanda?“

„Gewiß nicht. Aber — aber —“

„Nun?“

„Sie sind so anders, wie sonst ein Brautigam —“

„In Ihrer Befangenheit doppelt reizend, blüht sie im erwartungsvollen An-“

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

*** Weidachlungen Deutschlands.** Von Verlierer auf höherer Stelle wird erklärt: Den tendenziösen Nachrichten über die Haltung Deutschlands im russisch-polnischen Krieg ist die Meldung des „Intransigent“ würdig an die Seite zu stellen, man habe jetzt Gewißheit, daß ein russisch-deutsches Geheimabkommen vor den Verhandlungen in Spa unterzeichnet worden sei. In diesem Abkommen habe sich Sowjet-Rußland verpflichtet, Deutschlands Grenzen von 1914 wieder herzustellen, nicht die politische Lage Deutschlands zu beunruhigen und kein Sowjetregime in den von den Roten Truppen besetzten Gebieten einzurichten. Die wiederholt angeklagte Veröffentlichung dieses „Geheim“-Vertrages würde wirkungsvoller sein als derartige durchsichtige Weidachlungen.

*** Über die Kontrolle von Waffentransporten auf der Eisenbahn** ist in längeren Verhandlungen zwischen dem Reichsminister und Vertretern der Arbeiterschaft eine Einigung darüber erzielt worden, daß die für Neutralitäts-bezug, geschweige denn bestimmte Transporte angehalten werden. Durchzulassen sind jene Transporte, die Deutschland auf Grund des Friedensvertrages verpflichtet ist, fahren zu lassen, also auch die Waffen- und Munitionslieferungen, deren Inhalt an die Bestimmung ausgeliefert bzw. gerichtet werden soll. Ferner sind die für die Reichswehr und die Epo bestimmten Transporte durchzulassen auf Grund einer von Fall zu Fall durch eine besondere Kommission zu erteilende Genehmigung. Vertreter der Arbeiterschaft werden zu dieser Kommission herangezogen und über die Erteilung dieser Genehmigungen mitberaten und mitentscheiden. Besondere Reichspolizeistellen sollen zur strikten Durchführung dieser Abmachungen eingerichtet werden.

*** Die künftige Tarifkommission der Reichseisenbahnen** tritt Mitte September zusammen, um sowohl beim Personen- als beim Gütertarif Ausgleich vorzunehmen, soweit die wirtschaftlichen Verhältnisse es erfordern oder die Erhebungen Abänderungen notwendig machen. Eine Erhöhung der Tarife ist keineswegs geplant.

*** Branten für Waffensublieferung.** Wie der Reichsminister für die Entwaffnung zu der Ausführungsbestimmung des Entwaffnungsgesetzes ergänzend mitteilt, werden für schnelle Ablieferung der Waffen Branten ausgesetzt werden. Es werden für die erste Ablieferungszeit vom 15. September bis zum 10. Oktober für jedes abgelieferte Gewehr bzw. Karabiner 100 Mark gezahlt werden. Für die Zeit vom 10. bis 20. Oktober beträgt die Prämie 50 Mark. Für die anderen Waffen werden entsprechend höhere oder niedrigere Summen bezahlt werden.

Winterfeldzug in Rußland!

Die rote Nordarmee gerichtet.

Die Vorbereitungen des französischen Kriegsministeriums deuten mit Bestimmtheit darauf hin, daß man sich auf eine längere Dauer des polnisch-russischen Krieges vorbereitet. Die französische Propagandapresse bringt andauernd Mitteilungen über Ausbildung französischer Offiziere für den Winterfeldzug in Rußland. In den mittelfranzösischen Weichselwerken arbeitet man mit verdecktem Personal. Vom augenblicklichen Kriegsschauplatz lauten die Meldungen, daß der russische Rückzug ziemlich allgemein ist und in immer schnellerem Tempo vor sich geht.

Wie jedoch von der russischen Nordfront verlautet, ist es der russischen Nordarmee gelungen, sich der drohenden Einschließung durch die Polen zum größten Teil zu entziehen. Der Hauptteil der Armee scheint in Sicherheit zu sein, während die Reste des Heeres von den Polen verfolgt werden.

Der polnische Frontbericht bemerkt u. a.: „Das Armeekommando der 5. Armee passierten bisher 20 000 Gefangene. In den letzten Kämpfen fielen die Städte der 18. und 64. Sowjetdivision, 8 Regimentsscharen, über 2000 Kratzenwagen, Hunderte von Maschinengewehren, zahlreiche Geschütze und Divisionskanonen in unsere Hand.“

Ausrottung alles deutschen Wesens.

Nach einer Meldung aus Thorn beabsichtigen die Polen in ihrem Siegesrausch gegen alle Deutschen in den von den Russen besetzt gewordenen Teilen des Korridor Landesvertragsproteste durch einseitige Kriegserklärung anzustrengen und die Hauptkollisionslinie zu verschieben. Alle Deutschen, die für Deutschland optiert haben oder noch optieren, sollen ausgewiesen werden. Ein polnisches Schredensregiment scheint sich vorzubereiten. Viele Deutsche aus der Soldatenregion sind nach Ostpreußen geflohen. Wie verlautet, will die Exilante Polen zu einer milden Politik in dieser Angelegenheit bewegen. Aus Polen wird gemeldet, daß das polnische Episkopat den Deutschen gegenüber täglich zu nimmt und alle Deutschen, die unvorsichtige Äußerungen gemacht haben, verfolgt werden. Die polnische Presse fordert zum Teil, auch bei Vespersion der oberösterreichischen Vorgänge, Ausrottung alles deutschen Wesens in Polen.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Markt.

Die nachstehende Tabelle befaßt mitteleuropäische Märkte für 100 Gulden, dänische, österreichische, ungarische oder sibirische Kronen, Schweizer und französische Frank und Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = ausbezogen; „Weil“ = gesucht.)

Warenplage	24. 8.		23. 8.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland	1635,85	1639,15	1658,50	1661,70	170 M.
Dänemark	739,25	740,75	744,25	745,75	112
Schweden	—	—	—	—	72
Österreich	51,15	51,25	50,82 1/2	50,92 1/2	4,48
England	182,65	182,95	183,80	184,30	20,20
Frankreich	—	—	—	—	88
Italien	233,75	234,25	233,75	234,25	80
U. Österreich	22,22	22,23	22,07	22,19	85
Ungarn	20,28	20,29	20,20	20,27	95
Sibirien	82,15	82,35	82,27 1/2	82,47 1/2	85

*** Freie Verfügung über den eigenen Vater.** Die Reichsgetreidebehörde macht darauf aufmerksam, daß die Landwirte über den Hafer eigener Erzeugung in der eigenen Wirtschaft frei verfügen, ihn also ohne Einschränkung verkaufen können. Der Verkauf ist ihnen dagegen nicht gestattet, wenn Hafer der Ernte 1920 ist beschlagnahmt und muß an die Kommissionäre der Reichsgetreidebehörde für die Kommunalverbände abgeliefert werden, bis die Reichsgetreidebehörde den Verkauf an Bezugshäuser freigibt. Da in den letzten Tagen größere Mengen Hafer neuer Ernte verhandelt wurden, wird darauf hingewiesen, daß unbefugt in den Verkehr gebrachter Hafer nach der Reichsgetreideordnung der Veräußerung ausgesetzt ist.

*** Zur Ablieferung des Brotgetreides.** Im Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages berichtete der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Herms, über die bisher erfolgte Ablieferung von Brotgetreide. Bis 15. August waren abgeliefert rund 162 000 Tonnen Brotgetreide gegen 28 000 Tonnen im Jahre 1919 und 275 000 Tonnen (nach Abzug der von den abgetretenen Gebieten gelieferten Mengen) im Jahre 1918. Wenn auch unter Zugrundelegung dieser Zahlen vollste Befriedigung über die erfolgte Ablieferung nicht ausgesprochen werden kann, so gestalten sie doch einen Rückschlag auf die zu erfolgende Sicherstellung unserer Brotgetreideversorgung. In der Beschaffung von Futtermitteln soll die baldige Regelung der freien Weizenimport eine wesentliche Erleichterung verschaffen. Eine im Laufe der Debatte an den Reichsernährungsminister gerichtete Frage wegen des Verbrauchs von Hafer im eigenen Betriebe wurde vom Minister dahingehend beantwortet, daß dem Landwirt Einschränkungen von Hafer für seine eigenen Wirtschaftszwecke nicht auferlegt werden dürfen.

*** Erwerbliches Anwachsen der Erwerbslosen.** Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich, wie es infolge der anhaltenden ungünstigen wirtschaftlichen Lage zu erwarten war, weiterhin erheblich gewachsen. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 1. August 1920 290 735, die der weiblichen Erwerbslosen 105 964, also insgesamt 396 699 gegen 359 418 am 15. Juli und 321 418 am 1. Juli 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 304 231 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande vom 15. Februar 1920.

*** Die Tabaksteuererhöhung.** Wie vom Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller mitgeteilt wird, hat im Reichsfinanzministerium zu Berlin eine eingehende Besprechung zwischen Vertretern des Finanzministeriums und allen Fachverbänden des Tabakgewerbes über die Gestaltung der Tabaksteuererhöhung für die Zeit nach dem 1. Oktober dieses Jahres stattgefunden. Sämtliche Fachverbände, sowohl der Hersteller- als der Arbeiterseite standen auf dem Standpunkt, daß die Lage des Gewerbes eine Verringerung der Tabaksteuererhöhung und dementsprechend eine Erhöhung der Steuerhöhe nicht gestalte. Sie fordern, daß der bisherige Ermäßigungsfuß auch über den 1. Oktober hinaus bis zum 31. März nächsten Jahres beibehalten werde. Inzwischen hat der Reichsminister der Finanzen durch eine Verfügung die Fortsetzung des Tabakgewerbes festgesetzt. Der bisherige Zustand der Tabaksteuererhöhung ist also bis zum 1. April nächsten Jahres verlängert worden. Dadurch ist, wie betont werden muß, nichts Neues geschaffen, so daß daraus Schlässe auf die Preisbildung der Tabakfabrikate nicht gezogen werden können.

Rah und Fern.

o Ein Wittelsbacher als katholischer Geistlicher. Prinz Georg von Bayern, der älteste Sohn des Erbprinzen Ludwig, hat sich in München zum katholischen Bekenntnis bekehrt und wurde vor einiger Zeit als Diakon geweiht. Der Prinz hatte vor einigen Jahren mit der Erzherzogin Isabella von Österreich eine Ehe geschlossen, die aber durch den Tod wieder gelöst wurde.

o Verhandlungsüber Brückenbau. Am Mittelsee, dem griechischen Obersee, sind durch den Einbruch einer Landungsbrücke über hundert Personen schwer verletzt worden. Zwei Leichen sind bisher geborgen.

o Schließung bayerischer Spielclubs. In der letzten Zeit haben sich in Bad Reichenhain und in Berchtesgaden mehrere Spielclubs gebildet. Im Auftrag des Finanzministeriums hat nunmehr das zuständige Bezirksamt Berchtesgaden die Clubs geschlossen und die Spielclubs entfernt.

o Eine deutsche Filmfabrik. Der Vertreter der bayerischen Regierung im Wirtschaftsausschuß bayerischer Filmfabrikanten hat eine Denkschrift für die Errichtung einer großen deutschen Filmfabrik ausgearbeitet. Sie soll Darsteller, Regisseure, Techniker, Organisatoren und Kaufleute des Films heranzüchten. Lehrgeschäftsbetriebe werden alle irgendwie mit dem Film verwandten Gebiete sein. Die Lehrdauer soll sich auf zwei Semester erstrecken.

Neueste Meldungen.

Polnische Geschäftigkeiten.

Wien. In dem polnischen Operationsbericht, der von Polen durch Funkpruch in deutschem Marier verbreitet ist, findet sich erneut die Behauptung, daß unter den bei Bronia gefallenen Soldaten drei deutsche Offiziere aufgefunden seien. Es wird nochmals amtlich betont, daß mit Waffen und Mänteln der deutschen Regierung kein deutscher Offizier oder Soldat im Heere der russischen Sowjets Dienst tut. Es darf erwartet werden, daß nunmehr die durch nichts begründete Behauptung polnischseits nie mehr wiederholt wird.

Bedenkliche Lage in Ostpreußen.

Rönigsberg i. Pr. In der Gegend von Johannsburg ist wieder eine große Anzahl Russen übergetrieben. Unter ihnen befindet sich ein ganzer Brigadestab. Von ausländischer Seite wird darauf hingewiesen, daß bei der wachsenden Zahl der übertriebenen Russen unsere Sicherheitsmaßnahmen für einen genügenden Schutz kaum ausreichen. Man muß damit rechnen, daß unter diesen Umständen die Situation für Deutschland bedenklich werden kann. Die Russen kampieren im Freien. Der Oberpräsident von Ostpreußen teilt mit, daß die Ortswachen bewaffnet werden sollen.

Bundesstaat Österreich.

Wien. Der Austausch des Verfassungsausschuß Bericht die allgemeinen Bestimmungen des vorliegenden Verfassungsentwurfes. Artikel 2 wurde folgender Wortlaut gegeben: Österreich ist ein Bundesstaat. Der Bundesstaat wird gebildet aus den selbständigen Ländern Böhmen, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien. Innerhalb der Grenzen des Bundes dürfen keinerlei Zwischensollstellen errichtet werden.

Sanktion im polnischen Meer.

Warschau. In dem Vornach der polnischen Heere und der Verfolgung der Russen ist eine Ruhestätte eingetreten. — Die Friedensverhandlungen in Wlask können als gescheitert angesehen werden.

Ein Sieg General Wrangels.

Konstantinopel. General Wrangel hat einen weiteren Erfolg zu verzeichnen, indem er 24 Geschütze und 100 Maschinengewehre erbeutete. Das ganze Gebiet links des Dnieper ist vom Feinde frei. Die Offensiv der in der Gegend des Don gelandeten russischen Truppen schreitet erfolgreich fort.

„Regierung von Süd-Rußland.“

Konstantinopel. General Wrangel hat im Einverständnis mit den Kofalen-Namannen einen Vertrag abgeschlossen, wonach er sich den Titel eines Oberkommandierenden der russischen Armee und seiner Regierung den Titel Regierung von Süd-Rußland beilegt.

An das deutsche Volk!

Ein Aufruf des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat folgenden, vom Reichskriegsminister gegenzeichneten Aufruf an das deutsche Volk in der Entwaffnungsfrage gerichtet:

„Das Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung ist in Kraft getreten. Die erforderlichen ersten Ausführungsmaßnahmen sind mit Zustimmung des Reichstagsabtrats festgesetzt. Geboten ist es jetzt, das deutsche Volk auf die schwere Bedeutung des Gesetzes

hinzuweisen. Die Verpflichtungen, die wir durch den Friedensvertrag und die Vereinbarungen von Spa haben übernehmen müssen, verlangen das Entwaffnungsgesetz. Unabsehbar sind die Folgen, wenn die Entwaffnung nicht gelangt. An alle Volksgenossen geht die Forderung, die Waffen herauszugeben. Wer sein Vaterland nicht auf neue Folge der Nichterfüllung des Friedensvertrages in schwere Gefahren stürzen will, darf sich der

Forderung der Waffenabgabe

nicht entziehen. Die Befolgung der Vorschriften, die zur Durchführung der Waffenabgabe erlassen werden, ist gebieterische Notwendigkeit; die Entwaffnung der Bevölkerung ist für uns Zwang und gleichzeitig Lebensfrage. Die Waffenabgabe wird gleichmäßig und unparteiisch gegen jeden durchgeführt werden, mag er in seiner politischen Anschauung rechts oder links stehen. Wer säumig ist, wer widerwillig bleibt, dem muß die schwere Strafe des uns im Spa-Abkommen abgeforderten Gesetzes treffen. Wir müssen durch die Tat auch hier den festen Willen zur Erfüllung der übernommenen Pflichten beweisen, sonst drohen uns neue schwere Belastungen, die unser gesamtes Wirtschaftsleben vernichten würden.“

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

1 Million Mark Löhnungsgelder geraubt.

Essen, 25. August. (tu.) Auf der Horneburger Straße in Recklinghausen wurde ein Jechenwerk der Jecher Emser Lippe, das mit 2 Millionen Mk. Löhnungsgeldern aus der Stadt kam, von 4 maskierten Banditen, die in einem Auto herankamen, überfallen. Die Räuber schossen auf die 2 Begleitbeamten nieder und raubten Gelder im Betrage von 1 Million Mark. Die Täter entkamen unechant im Auto, bisher fehlt jede Spur.

Deutsch-polnische Sicherheitswehr.

Oppeln, 25. August. (tu.) Auf einer in Oppeln stattgefundenen Besprechung mit der internationalen Kommission wurde beschlossen, daß die Sicherheitspolizei Oberschlesien verläßt und eine zu gleichen Teilen aus Deutschen und Polen gebildete Sicherheitswehr an ihre Stelle tritt.

Polnische Angriffe auf Ratibor.

Myslowitz, 25. August. (tu.) Außer Antonienhütte ist auch Morgenrot von den Polen besetzt worden. Die Polen verließen nun auch Ratibor in ihre Hände zu bringen. Von dem südlichen Teile Ratibors aus rücken etwa 1000 bewaffnete Polen gegen die Stadt Ratibor vor. Nach Meldungen, die in Kojel eingegangen sind, wollen die Polen auch diesen Ort besetzen. Es sind weitere polnische Pläne bekannt geworden, daß in der Stadt für heute ein Aufstand geplant ist. In Kattowitz versammelte sich gestern nachmittag gegen 1/2 5 Uhr die gesamte französische und italienische Garnison vor der Kommandantur, wo die am Aufbruchstage heruntergeholt 2 Fahnen wieder befestigt wurden.

Das Ergebnis von Luzern.

London, 25. August. (tu.) Die Daily News meinen zu dem Ergebnis der Konferenz in Luzern, daß sie die Blockade Polens durch die deutschen Arbeiter zum Scheitern bringen wird. Vermutlich wird die Konferenz auch die Abberufung des englischen Oberkommissars in Danzig zur Folge haben.

Die Polen ziehen die Verhandlungen in die Länge.

Reval, 25. August. (tu.) Aus den letzten Nachrichten aus Wlask geht hervor, daß es jetzt die Polen sind, die die Verhandlungen in die Länge zu ziehen versuchen. Sie hoffen, daß die Erfolge der polnischen Heere fortwähren werden und daß es infolgedessen möglich sein wird, den Volkswirtschaftlichen Friedensbedingungen zu diktieren.

Aktive französische Truppen im polnischen Meer.

Berlin, 25. August. (tu.) Dem Lokalanzeiger wird aus Friedrichshof (Ostpreußen) gemeldet: Die russischen Armeen haben den Befehl erhalten, sich unter allen Umständen auf der ganzen Front vom Feinde abzulösen und mit 60 Wert Marschleistung für den Tag sich zurückzuziehen. Die nächste Aufstellung dürfte wahrscheinlich an der Dvina stattfinden. Es wird von russischen Stabsoffizieren behauptet, daß bei Mawa aktive französische Truppen in ihren oberösterreichischen Uniformen angegriffen hätten.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 25. August 1920.

— Das Wetter wird kühl. Die holsteinische Wetter- und Sonnenwarte in Schnellen gibt über die Wetterlage den folgenden Bericht: Die Abkühlung läßt die Wirkung der nach westpazifischen Störungen häufigen Kälteperioden erkennen. Da diese Störungen vorläufig noch vorwalten, besonders weiterhin auch im mittleren Septemberrittel, muß schon früh im Spätsommer, trotz der zu erwartenden Herbstwärme, mit leichten, durch feste Winde aber begünstigten Frostwirkungen gerechnet werden. Die Woche bis zum 27. August bringt an vorberechneten Störungen zwei westpazifische und an ihrem Anfang eine westatlantische Störung. Südöstliche Störungen entfallen kurz vor ihren Beginn und in ihre Mitte. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß diese südöstlichen ihre ablenkende Wirkung auf jene westlichen Störungen ausüben. Dann werden diese Störungen entweder über Mittel-europa selbst oder teilweise im Süden an ihm vorbeigeführt. In beiden Fällen ist besonders schwerer Niederschlag infolge Ausbildung eines Hochwasserliefes, im gebirgigen Binnenlande angezeigt. Doch kann diese Hochwasserlage auch erst in der nachfolgenden Woche zum vollen Austrag gelangen.

— Sitzung des parlamentarischen Ausschusses. Gestern vormittag 1/2 12 Uhr trat der parlamentarische Ausschuß mit den Vertretern der Regierung zu der bereits angekündigten Sitzung im Ministerium des Innern zusammen. Der Ausschuß war nahezu vollständig versammelt; alle in

Dresden versammelten Minister waren erschienen. Von der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei nahen Oberregierungsrat Dr. Böhm teil. Die Sitzung, die geheim war, dauerte nachmittags 3 Uhr noch an. Auf der Tagesordnung stand die politische Lage und die Angelegenheit des in Chemnitz verhafteten Oberleitnants Berger.

Der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit gutem Schuhwerk zu erschwinglichen Preisen bleibt — besonders mit Rücksicht auf den kommenden Winter — die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Stellen nach wie vor zugewendet. So sind mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums neuerdings auch die Verbände der letzten Verbraucher in den Kreis der Besizer von Reichsschuhwerk eingeschaltet worden. Für die Beamtenschaft wird der Deutsche Beamten-Wirtschaftsbund die Verteilungsarbeiten ins Werk setzen. An unserem Orte hat der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe des Deutschen Beamten-Bundes diese Aufgabe übernommen.

Der sächsische Tischlerkongress, über den wir bereits gestern berichteten, wurde am Montag fortgesetzt. Es folgte die 13. Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Tischlermeister. Dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß dem Verband zurzeit 78 Innungen und Verbände und 16 Einzelmittelglieder mit insgesamt 2710 Meistern 5468 Gesellen und 2225 Lehrlingen angehören. Die aus dem Vorstande ausscheidenden Mitglieder Traube (Schriftführer), Lange (Kassierer) und Fiedelsen wurden wiedergewählt. Obermeister Bierker-Weigen hielt einen Vortrag über die Bedeutung des Lehrlingswesens im Tischlerhandwerk. Ueber Zweck und Ziel des Landesauschusses des sächsischen Handwerks sprach dessen Syndikus Weber-Dresden. Auf Antrag des Vorstandes des Landesbelleterungsverbandes Sächsischer Tischlermeister wurden dem Verband 4000 M. überwiesen.

Für Gast- und Schankwirtschaften. Das sächsische Ministerium des Innern hat neue Bestimmungen für alle Gast- und Schankwirtschaften und sonstigen Schankstätten erlassen, in denen weibliche Personen ausschließlich oder teilweise zur Bedienung der Gäste oder sonst in einer Weise verwendet werden, daß sie mit den Gästen in unmittelbarem Verkehr treten (sogenannte Bars und andere Stätten). Diese Bestimmungen treten am 1. September in Kraft und befragen im wesentlichen folgendes: In den Schankräumen sind alle Einrichtungen verboten, durch die Räume oder Plätze verdeckt, verhüllt oder in irgendeiner Weise dem freien Blick entzogen werden. Abgesonderte Zimmer, die nicht dem allgemeinen Verkehr offen stehen, sind unzulässig. In Schankräumen mit weiblicher Bedienung, in denen nicht ausschließlich Wein verschänkt wird, dürfen einzelne Räume nur mit polizeilicher Erlaubnis als Weinbude oder Weinzimmer bezeichnet oder benutzt werden. Klingelleistungen von der Eingangstür zu den Schankräumen oder ähnliche Einrichtungen sind verboten. Die Wirte dürfen nicht in öffentlichen Anstaltungen darauf hinweisen, daß in ihrer Wirtschaft Kellnerinnen bedienen. Die Beschäftigung von weiblichen Angestellten als Kellnerinnen — als solche sind auch die weiblichen Personen anzusehen, die die Gäste unmittelbar bedienen — vor vollendetem 21. Lebensjahre ist verboten. Die weiblichen Angestellten haben anständige und unauffällige Kleidung zu tragen. Es ist ihnen verboten, in auffälliger Weise an den Fenstern und Türen der Schankstätten zu verweilen oder durch Worte und Gebärden Personen in die Schankräume anzulocken, für sich oder andere Speisen oder Getränke von den Gästen zu erbitten oder anzunehmen oder Gäste zum Trinken zu bereiten. Es ist ihnen unbedingt untersagt, an den Gastischen in Gemeinschaft mit Gästen zum Zwecke des Mittrinkens Platz zu nehmen. Die Polizeibehörden werden ermächtigt, für bestimmte Wirtschaften, die besonders unzuverlässig erscheinen, eine frühere als die allgemein übliche Polizeistunde festzusetzen und die Zulassung von weiblichen Angestellten, die in unmittelbarem Verkehr mit den Gästen stehen, entweder ganz zu verbieten oder nur in beschränkter Weise zu gestatten. Die Polizeibehörden können auch vorschreiben, daß be-

stimmte Wirtschaften ihre Fenster und Türen durch feinerlei Vorrichtungen — auch nicht in den Abend- und Nachtstunden — verhängen oder verstellen dürfen.

Mittelteil-Turnen. Vom Wetter begünstigt konnten bei guter Beteiligung die Wettkämpfe auf dem Vorskberge ausgetragen werden. Am Dreikampf für Turner bis 40 Jahre, Stabhochspringen, 100 Meter Lauf und Schleuderballwurf beteiligten sich 109, von denen 20 den Ehrenkranz errangen. Ueber 40 Jahre, Kugelstoßen, 50 Meter Lauf und Weitspringen kämpften 19 Turner um den Sieg, der 9 zuteil wurde. Höchstleistungen erzielte Eckert im Weitspringen mit 5,33 Meter und im 50 Meter Lauf in 6,4 Sekunden. Bei den Einzelkämpfen wurden Girger im Kugelstoßen 10 kg Papendorf mit 8,77 Meter und Pöhl (Turnverein Lokwitz) mit 8,63 Meter, im Weitspringen Ludwig und Adam (Turnverein Dresden-Ebbau) mit 9 Meter weit und 1,50 Meter hoch. Die Leistungen im Kugelstoßen 2,5 kg und 75 Meter Lauf bei den Turnerinnen waren noch gering.

Turnkreis. Bei den Sachsenkämpfen am 5. September in Freiberg werden die besten Gerätturner antreten. Ueber 200 haben sich gemeldet. Sie haben am Neck, Barren und Pferd je eine vorgeschriebene Pflicht- und zwei selbstgewählte Kürübungen sowie eine Freübung zu turnen. Die sportliche Seite des Turnens, die vollständigen Übungen, kommen in einem Hinstampfen mit Weitschlag- und Stabhochspringen, Kugelstoßen, 100 Meter Lauf und Schleuderballwurf zur Geltung. Die besten Gerätturner ringen um die Kreismeisterschaft am Neck, am Barren und am Pferde. Im Schlagball, Fußball, Schläuderball und Varlauf werden die besten Spielmannschaften des Kreises zeigen, in welcher Weise das Spiel in den Turnvereinen Sachsens steht.

Grenzspende. Der Deutsche Schubund in Berlin legt im Zusammenhang mit der Fällung zahlreicher Schwindelverurteile Wert auf die Feststellung, daß er allein in allen Bundesstaaten die Genehmigung hat, öffentliche Geldsammlungen für die Zwecke der Volksabstimmungen zu veranstalten. Nachdem aus den Mitteln der „Grenzspende“ des Deutschen Schubundes die Kosten für die Reise, Unterkunft und Verpflegung für 165 000 Stimmberechtigten, im Reichsterritorium wohnende Ost- und Westpreußen bestritten sind, gilt es jetzt, für eine noch größere Anzahl Oberbürgermeister die Mittel zu beschaffen. Auf die Namen der geldsammelnden Körperschaften ist zu achten, da die polnischen und Schwindelunternehmungen die Praxis verfolgen, unter Namen zu werden, die denen der legalen deutschen Körperschaften möglichst ähnlich sind. Wer ganz sicher gehen will, gebe seine „Grenzspende“ auf Botschaftkonto Berlin 75778, an eine Bank oder Sparkasse auf „Grenzspende“.

Verwirtschaftung von Abfällen und Soda. Die Zentralstelle für Abfälle und Soda teilt mit: Wir weisen darauf hin, daß die Verwirtschaftung von Abfallstoffen und Abfallstoffe, sowie Pottasche am 1. September d. J. nicht aufgehoben werden wird. Die Stoffe dürfen auch in der Verteilungsperiode September-Oktober nur unter Beobachtung der bekannten Verwertungsbestimmungen abgesetzt, bezogen und verbraucht werden. Die Bestimmungen sind enthalten in der Bekanntmachung der Zentralstelle für Abfälle und Soda vom 31. Oktober 1918.

Reichsnotopfer und Rentner! Einen Existenzkampf ohne gleichen haben augenblicklich die deutschen Rentner zu führen. Während jeder schaffende Stand heute ein Einkommen von 6-10 000 Mark als Existenzminimum ansieht, werden durch das Reichsnotopfer angeblich Reichde, in Wirklichkeit jedoch arme notleidende Menschen, Rentner genannt, in ganz unverständlicher und unverantwortlicher Weise mit Lasten bedrückt, die alte, durch Arbeit ermüdete, zur Berufstätigkeit unermüdete Schultern und Knochen nicht mehr zu tragen imstande sind. Der Deutsche Rentnerbund e. V., Berlin, hat es sich nun zur Aufgabe gemacht, neben anderen zu verwendenden Mitteln auch besonders gegen das Reichsnotopfergesetz mit allem ihm zu Gebote stehenden Mitteln anzukämpfen, um Härten zu beseitigen und seine Mitglieder vor Hunger, Elend und Verweisung zu retten. Sein Bundesblatt „Der Rentner“ (Verlag in Weimergrode) dringt in Nummer 2 vom 1. August eine ausführliche Kommentierung des Reichsnotopfergesetzes

und ruft nochmals alle deutschen Rentner zum Bundesbeitritt auf. Meldungen sind umgehend an die Geschäftsstelle des Deutschen Rentnerbundes, Weimergrode, Salzbergstraße 35, zu richten.

Wohnungsnot und polnische Ueberflutung. Die Wohnungsnot in Deutschland wird infolge der neuerdings immer mehr anschwellenden polnischen Ueberflutungen von Tag zu Tag empfindlicher. Während Zehntausende ostmärkische Flüchtlinge in Baracken, Kriegsgefangenenlagern und oft geradezu gesundheitlich und sittlich gefährdeten Notwohnungen untergebracht sind, strömen zu gleicher Zeit Polen in Massen über unsere Grenze, Arbeit und Kaufkraft an. Der Deutsche Heimatbund besorgt die Flüchtlinge hält es für seine Pflicht, die Öffentlichkeit, insbesondere die Behörden, auf die darin liegende Gefahr nachdrücklich hinzuweisen, zumal in letzter Zeit auch polnische Führer und Agitatoren infolge der Wirtschaft und Geldentwertung Polens das ehemalige preussische Gebiet verlassen und nach Deutschland überströmen. Darum Vorsicht, insbesondere bei Verkäufen und Auflösungen.

Dresden. Die Wutheerzigung in der Familie des Amtshauptmanns Dr. Vempke hat ein weiteres Opfer gefordert. Es starb auch der zweite Sohn. — Am Montag vormittag wollte ein in der Schulquaistraße wohnender Schornsteinbauer in der Küche seiner Wohnung eine Handgranate unschädlich machen. Die Granate explodierte. Die Explosion richtete erhebliche Verletzungen an. Dem 47-jährigen Manne wurde die rechte Hand abgerissen. Granatplitter drangen ihm in den Kopf und in den Leib und führten seinen augenblicklichen Tod herbei.

Dresden. Abermals hat sich hier, wo die Unruhe leider von Tag zu Tag wächst, ein schwerer Raubüberfall zugetragen. Vergangene Nacht ist der Inhaber einer Weinstube am Poppitz in der Nähe des Freiburger Platzes von einem unbekanntem Manne überfallen und seiner Aktentasche mit 25- bis 26 000 M. beraubt worden.

Dresden. Seit einigen Tagen sind hier Plünderungen von Lebensmittelgeschäften an der Tagesordnung. Wiederholt wurden die Deliktategeschäfte in der Webergasse von aufgeregten Volksmengen geplündert ohne daß bisher etwas über die Verhaltung oder Bestrafung der Plünderer bekannt geworden wäre. Jetzt wurde wiederum ein Deliktategeschäft in der Kammerstraße unter Anteilnahme einer großen Menschenmenge gestrandet. Hier gelang es endlich einmal der Landesicherheitspolizei, einige der Plünderer und einen Hauptheher festzunehmen.

Rathen. Beim Festessen der Anselagrundspitze bei Rathen stürzte am Sonntag der zweiundzwanzigjährige Kaufmann Hentschel aus Dresden tödlich ab. Der Tourist befand sich in Gesellschaft einiger junger Leute, die gerade abhieten, als das Unglück passierte. Hentschel ließ das Seil zu früh los und fiel rückwärts aus 20 Meter Höhe auf einen Felsblock. Er war sofort tot.

Raunhof. Wie groß die Heiratslust in Deutschland vorhanden ist, dürfte daraus zu ersehen sein, daß ein Verwandter eines hiesigen Einwohnere auf seine Heiratsanzeige in einem größeren Blatte nicht weniger als 432 Offerten erhielt, davon über 200 mit Photographie, obwohl diese in der Anzeige nicht verlangt wurde.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Neu eingetroffen:
Topfwaren, speziell Pflaumenmüstopfe.
 Franz Hauptmann,
 Bahnhofstraße. 1023

Jüngerer, selbständig arbeitender
Bäckergefelle sucht Stellung
 als solcher für 15. September oder 1. Oktober.
 Ang. unter 5703 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

2 Zuchtziegen
 sind zu verkaufen. 1021
 Grumbach Nr. 48

Galthof Naustadt.

Sonntag den 29. August

Groß. Preisvogelschießen mit Konzert und Ball.

Montag den 30. August

Großes Extra-Konzert
 ausgeführt von der Stadtkapelle Meissen.

Anfang 7 Uhr.

Es ladet ergebenst ein **Oskar Schüge.**

Fa. Gustav Adam

Dresdner Straße

empfehlen ihre neu eingetroffenen direkt bezogenen

Braunschweiger Gemüsekonserven
 in bekannter vorzüglicher Qualität. 1020

Uns allen viel zu früh verchied am 28. d. M. sanft und ruhig nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter, treuergebender Vater

Karl Hermann Lindner

4 Tage nach seinem 67. Geburtstag.

Wilsdruff und Reichenau i. Sa.

In tiefer Trauer

Eugenie Lindner
Baumeister Willy Lindner und Braut
Trude Lindner.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt. 1022

Wollstoff

für Damen-Mäntel dunkelblau, grün, braun, empfiehlt billig

Oskar Böhland Nachf.,
 Meissen rechts,
 Boeblerstraße 26. 1023

Prima Brenntorf

trifft ein. Bestellungen erb.
Louis Kühne,
 Hofmühle,
 Feinsprecher 42. 1024

Sieb- braunkohle

trifft wieder ein und erbitet Bestellungen 1021
Louis Seidel
 Wilsdruff, Feinsprecher 10

Rind- Roß- Kalb- Schaf- Ziegen- Zickel- Schweine- Reh- Hirsch- Kanin- Hasen- Katzen- Fuchs- Marder- Nis- Dachs- Eichhörnchen- Maulwurf- Häute

als solcher für 15. September oder 1. Oktober.
 Ang. unter 5703 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Felle

läuft zu höchsten Tagespreisen
Julius Arnold,
 Lederhandlung
Pöschappel.